

<http://www.bundestag.de/dokumente/protokolle/plenarprotokolle/17072.pdf>

Chancengleichheit von Frauen und Männern Ab Seite 70 / 7912

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 35 auf:

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (13. Ausschuss)

- zu dem Antrag der Abgeordneten Christel Humme, Willi Brase, Petra Crone, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

Mit gesetzlichen Regelungen die Gleichstellung von Frauen im Erwerbsleben umgehend durchsetzen

- zu dem Antrag der Abgeordneten Cornelia Möhring, Dr. Barbara Höll, Klaus Ernst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Entgeltgleichheit zwischen den Geschlechtern wirksam durchsetzen

- zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Dritte Bilanz der Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft

- Drucksache 17/821 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/008/1700821.pdf>
- Drucksache 17/891 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/008/1700891.pdf>
- Drucksache 16/10500 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/16/105/1610500.pdf>
- Drucksache 17/1486 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/014/1701486.pdf>

Berichterstattung:

Abgeordnete Nadine Müller (St. Wendel)

Christel Humme

Miriam Gruß

Cornelia Möhring

Monika Lazar

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Dreiviertelstunde vorgesehen. – Auch dazu höre ich keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache und erteile Kollegin Dorothee Bär für die CDU/CSU-Fraktion das Wort.

Dorothee Bär (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch im Jahr 2010 stehen wir bei vielen uns wichtigen Punkten leider noch nicht ganz da, wo wir eigentlich stehen sollten. Der erste Punkt ist die Entgeltungleichheit. Es ist auch für uns nicht hinzunehmen, dass der Equal Pay Day auch in diesem Jahr erst am 26. März stattgefunden hat:

Frauen verdienen in Deutschland immer noch durchschnittlich 23 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Das ist ein Zustand, den wir als christlich-liberale Koalition nicht hinnehmen wollen.

(Caren Marks [SPD]: Oh!)

Besonders befremdlich ist, dass sogar Berufsanfängerinnen bei einer vergleichbaren Tätigkeit durchschnittlich 18,7 Prozent weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen. Deswegen hat die Bundesregierung mit dem Instrument Logib-D ein Instrument für Unternehmen zur Beseitigung des

Verdienstunterschiedes von Frauen und Männern entwickelt. Mit diesem Instrument können wir die Ursachen dafür erkennen und betriebliche Lösungen für eine faire Bezahlung entwickeln.

Ich denke, wir alle hier sind einer Meinung, dass eine derartige Lohnlücke einem modernen Land wie Deutschland nicht gut zu Gesicht steht. Der zweite wichtige Punkt für unsere Koalition und besonders auch für meine Fraktion ist natürlich, dass es einen viel zu geringen Anteil von Frauen in Führungspositionen gibt.

Zwischen der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der Wirtschaft gab es bereits 2001 eine Vereinbarung zur Erhöhung des Frauenanteils auf Chefpositionen. Das war 2001; jetzt sind wir im Jahre 2010. Wenn man sich einmal anschaut, was von 2001 bis 2010 passiert ist, dann kann man höflich sagen: wenig.

(Christel Humme [SPD]: Gar nichts!)

Andere würden vielleicht sagen: gar nichts. Deswegen liegt Deutschland hinsichtlich des Anteils der Frauen an Führungskräften in der Privatwirtschaft unter dem EU-Durchschnitt an elfter Stelle. Im Jahr 2009 betrug der Anteil im Topmanagement der DAX-Unternehmen nur 0,6 Prozent. Das entspricht bei derzeit knapp 200 Vorständen von DAX-Unternehmen vier Frauen; ab März werden es wunderbarerweise fünf sein. Bei den Aufsichtsräten liegt der Anteil bei 12,8 Prozent; davon sind fast drei Viertel Vertreterinnen der Arbeitnehmerseite.

Das ist in meinen Augen sehr beschämend. Beschämend ist das vor allem, wenn man sich andere Zahlen zu Gemüte führt: 51 Prozent der Hochschulabsolventen und 41 Prozent der Promoventen in diesem Lande sind weiblich. Daran sieht man, dass es eine eklatante Lücke gibt, die schleunigst geschlossen werden muss.

Für uns ist es nicht nachvollziehbar, dass gut ausgebildete, motivierte Frauen nicht im gleichen Stil Verantwortung übertragen bekommen wie Männer. Zudem ist Fakt: Frauen nicht zu fördern, ist volkswirtschaftlicher Unsinn. Auf diesen Talentpool zu verzichten, ist insbesondere für die Unternehmen selbst irrational. Deshalb sieht unser Koalitionsvertrag auch einen Stufenplan zur Erhöhung des Frauenanteils in Vorständen und Führungspositionen vor.

Ich möchte nicht verhehlen, dass auch in unserer Fraktion über eine Frauenquote beispielsweise in Aufsichtsräten diskutiert wird. Die Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat hierzu einen Beschluss gefasst.

– Herr Präsident, wenn Sie vielleicht nicht die ganze Zeit reden würden, wäre das ganz lieb. Danke schön. –

Dieser Beschluss lautet, dass alle mitbestimmungspflichtigen Unternehmen im Rahmen einer Selbstverpflichtung bis zum Jahr 2014 den Frauenanteil auf mindestens 30 Prozent steigern sollen. Wenn das bis dahin nicht geschehen sein sollte, werden diese Unternehmen gesetzlich verpflichtet, den Anteil von Frauen in Führungspositionen und Aufsichtsräten bis spätestens 2018 auf mindestens 30 Prozent zu steigern.

Das unterstütze ich. Aber ich muss auch sagen: Wer sich über Quoten und einen entsprechenden Zwang aufregt, muss ehrlicherweise auch feststellen, dass es bereits heute überall Quoten gibt, gerade in der Politik; da nennen wir es nur anders.

(Mechthild Rawert [SPD]: Für die Männer?)

– Hören Sie einfach einmal zu, anstatt so hereinzugackern. Wir nennen es zum Beispiel in der Politik nicht Quote, sondern Proporz. Keiner regt sich auf, wenn ein Bundesland sagt, es müsse unbedingt vertreten sein.

(Caren Marks [SPD]: Uns müssen Sie nicht überzeugen! Auf der anderen Seite und bei der Regierung sitzen die!)

Selbst wenn irgendein unabhängiges Institut feststellen würde, dass die zehn Besten, die man in einem bestimmten Bereich haben könnte, alle aus einem Bundesland kommen – ich sage jetzt einmal: alle zehn aus Hessen oder aus Nordrhein-Westfalen; ich habe jetzt extra nicht Bayern gesagt, weil

logisch ist, dass da die zehn Besten herkämen – , würden sicherlich auch alle anderen schreien: Wir müssen vertreten sein! – Die Keule des Qualitätsverlusts wird immer nur herausgeholt, wenn es um Frauen geht. Ich schließe mich an dieser Stelle Herrn Sattelberger von der Deutschen Telekom, dem ersten DAX-Unternehmen, das eine verbindliche Frauenquote eingeführt hat, an. Denn auch er – und das freut mich natürlich besonders – , ein Mann mit langjähriger Berufserfahrung, antwortet auf die Frage, woran es liegt, dass Frauen wenig Chancen haben, dass die Bestenauswahl häufig ein Mythos ist: Faktoren wie Hausmacht, Treuebonus, Vitamin B und Seilschaften sind oft ebenso starke Steigbügel auf dem Weg nach oben. Das wissen alle, und das wird von Männern problemlos akzeptiert. Wenn aber Frauen an die Macht wollen, wird die Keule der Bestenauswahl hervorgeholt.

Deswegen sage ich auch: Wenn der Anteil von Frauen in Führungspositionen weiterhin in dem Tempo erhöht wird wie bisher, werden wir auf eine gesetzliche Initiative nicht verzichten können. Im Übrigen werden wir die Effektivität des Bundesgleichstellungsgesetzes dahin gehend bewerten, ob und wie Teilzeitkräfte unterstützt werden. Auch in Teilzeit muss es Frauen – und natürlich auch Männern – möglich sein, Führungspositionen zu übernehmen. Gerne wird dagegen ins Feld geführt, dass Präsenz in Leitungspositionen sehr wichtig ist. Ich denke, wir sind uns einig – zumindest diejenigen, die sich intensiv damit beschäftigen –, dass wir in diesem Lande einer sehr übertriebenen Anwesenheitskultur anhängen, von der wir uns verabschieden müssen; das würde meines Erachtens nicht nur den Müttern, sondern auch den Vätern sehr stark entgegenkommen.

Durch unsere modernen Kommunikationsmittel ist es nicht mehr in der Weise wie früher notwendig, ständig vor Ort präsent zu sein. Auch das Besetzen einer Stelle mit zwei Führungskräften ist eine Option und wird meiner Meinung nach viel zu selten genutzt. Deswegen brauchen wir flexiblere Arbeitszeitmodelle. Sie sind ein Schlüssel, um die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, aber auch von Familie und Karriere zu gewährleisten. Einige Ansätze in den Anträgen gehen in die richtige Richtung. Wir wollen aber mehr. Deswegen lehnen wir sie ab. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Lachen bei der SPD)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Christel Humme für die SPD-Fraktion.

Christel Humme (SPD):

Frau Bär, schön analysiert. Wir fragen uns aber als Opposition, was die Regierung tatsächlich macht.

(**Caren Marks [SPD]:** Nichts! – Weiterer Zuruf von der SPD: Peinliche *Spiegel*-Interviews geben!)

In einem Interview ist diese Woche von der Frauenministerin etwas Erstaunliches zu lesen. Sie sagt darin, sie halte von Feminismus nichts, gibt aber gleichzeitig zu, dass es ohne den Feminismus keine Frauenministerin Schröder gäbe.

(Zuruf von der SPD: Hört! Hört!)

Herzlichen Glückwunsch, Frau Ministerin. Sie ist heute Nachmittag nicht anwesend; ich weiß nicht, wo sie ist. Errungenschaften in Anspruch zu nehmen, aber kein Wort der Würdigung der Erfolge einer breiten Frauenbewegung: Ich denke, das ist ein Armutszeugnis für eine Frauenministerin. Die Ministerin hat Politik- und Sozialwissenschaften studiert, wie man nachlesen kann,

(**Elke Ferner [SPD]:** Das hat aber nicht geholfen!)

aber das Kapitel politische Frauenbewegung offensichtlich überschlagen oder den Begriff des Feminismus falsch verstanden. Darum gestatten Sie mir, eine kleine Nachhilfe zu geben und etwas zu zitieren, das man in jedem Lexikon nachlesen kann: Feminismus bezeichnet den Einsatz und das Engagement für die soziale, politische und ökonomische Gleichstellung der Frauen und das mit dem Ziel der Befreiung aus Rollenzwängen und Stereotypen. Das passt auch gut zu Ihrer Rede, Frau Bär. In diesem Sinne sind wir alle – nicht nur die Frauen in der SPD – Feministen und Feministinnen.

Wir sind stolz auf eine Frauenbewegung, die viel verbessert hat, und zwar sowohl für Frauen als auch für Männer. Die klassische Rollenverteilung gibt es leider noch, aber wir stellen fest, dass sie bröckelt. Immer mehr Männer wollen Familienarbeit übernehmen. Auch das ist Ergebnis des von der Ministerin so gescholtenen Feminismus. Frauen streben nach ökonomischer Unabhängigkeit und möchten die gleichen Berufschancen wie die Männer.

Diese gewünschte Partnerschaftlichkeit und die Gleichstellung in Familie und Beruf zu unterstützen wäre die Aufgabe der Familien- und Frauenministerin.

Was aber tut sie? Mit ihrer Parole „Jetzt sind Männer dran“ schüttet sie Öl ins Feuer. Sie verstärkt alte Ressentiments und Vorurteile und spielt Männer gegen Frauen aus. Das haben wir mit Gender Mainstreaming nicht gemeint.

In der Vergangenheit gab es in der Tat Fortschritte, unter Rot-Grün zum Beispiel mit dem Bundesgleichstellungsgesetz und dem Recht auf Teilzeit für Mütter und Väter, damit sie in der Elternzeit beide ihr Kind erziehen können. Es gab sogar trotz starker Kritik aus der CSU Fortschritte in der Großen Koalition – auch das ist nicht zu verhehlen –, und zwar mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz, dem Ausbau der Betreuung für unter Dreijährige und dem unter Rot-Grün entwickelten Elterngeld. Aber wo stehen wir heute nach einem Jahr Schwarz-Gelb? Die Ministerin bezeichnet sich selbst als konservativ und sagt – ich zitiere –:

Für mich bedeutet Konservatismus, die Realität zu akzeptieren ... Wir erkennen an, dass es Unterschiede gibt, auch zwischen Mann und Frau.

(Caren Marks [SPD]: Abtreten!)

Welche politischen Konsequenzen sollen wir daraus ziehen? Ist alles gut so, wie es ist? Will die Ministerin die Hände in den Schoß legen? Ihr Stillstand ist ein Rückschritt für die Gleichstellung, und zwar für Frauen und Männer. Das ist nicht unser Ansatz. Wir wollen, dass es mit der Gleichstellung schneller geht, Frau Bär. Sie wollen das offensichtlich auch, aber Sie tun nichts.

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Warten Sie ab, Frau Humme! Wir tun schon etwas! – Nicole Bracht-Bendt [FDP]: Sie werden ganz erstaunt sein, was wir tun!)

Wir haben heute ein umfassendes Konzept für den Arbeitsmarkt vorgelegt. Wir wollen nicht länger hinnehmen, dass Frauen kaum in Führungspositionen zu finden sind und dass ihre Karrierechancen eingeschränkt sind, und zwar nicht nur, weil sie Kinder haben, sondern auch deshalb, weil sie potenziell Mütter werden können.

Wir wollen aber auch nicht hinnehmen – das haben Sie Gott sei Dank auch gesagt, Frau Bär –, dass die Lohnlücke immer größer wird. Der eigentliche Skandal dabei ist, dass 13 Prozent dieser Lohnlücke allein auf die Diskriminierung wegen des Geschlechts zurückzuführen sind. Ich glaube, das können wir nicht länger hinnehmen.

Deshalb fragen wir uns, was die Frauenministerin – und das betrifft leider genauso die Kanzlerin – eigentlich macht.

(Monika Lazar [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schlechte Interviews geben!)

Sie rät den Frauen, sie sollten ihr Gehalt besser einfordern und weniger bescheiden sein. Sie sagt, die Frauen sollen selbstbewusster und tougher werden. Aber was tut sie damit? Sie gibt den Frauen die Schuld an der ungerechten Bezahlung.

(Nicole Bracht-Bendt [FDP]: Eigenverantwortung!)

Ja, Eigenverantwortung. – „Helft euch selbst, ich tue es nicht“, ist ihre Botschaft. Das ist nicht unser Ansatz. Wir stehen an der Seite der benachteiligten Frauen und fordern unter anderem – da sind wir weiter als Sie, Frau Bär – eine gesetzlich festgelegte Quote für Vorstände und Aufsichtsräte, ein Entgeltgleichheitsgesetz, das Lohndiskriminierung wirksam verhindert. Es stünde der Ministerin gut an, sich mit uns zusammen dafür stark zu machen. Aber dafür müsste sie selbst erst einmal selbstbewusster und tougher werden. Danke schön.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – **Caren Marks [SPD]:** Ahnung müsste sie auch haben!)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Kollegin Nicole Bracht-Bendt für die FDP-Fraktion.

Nicole Bracht-Bendt (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

In der Beschreibung der Situation von Frauen im Beruf enthält sowohl der Antrag der SPD-Fraktion als auch der Antrag der Linken viele Aussagen, die ich teile. Es ist vollkommen richtig, dass hinsichtlich der ungleichen Entlohnung und bei der Erhöhung des Frauenanteils in Aufsichtsräten, Vorständen und Leitungspositionen in Wirtschaft, Forschung und Lehre Handlungsbedarf besteht. Sie fordern eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer. Das alles unterstütze ich voll und ganz.

(Jörn Wunderlich [DIE LINKE]: Die FDP stimmt zu!)

Aber, liebe Kollegin Humme, warum hat die SPD-Fraktion die Entgeltgleichheit nicht während ihrer Regierungszeit durchgesetzt?

(Beifall bei der FDP – **Christel Humme [SPD]:** Weil die CDU dagegen war in der Großen Koalition!)

Bereits damals lag der durchschnittliche Verdienst von Frauen 23 Prozent unter dem Gehalt der Männer – genau wie heute. Auch bei den Ursachen hat sich nichts Wesentliches geändert. Viele junge Frauen entschieden sich schon während Ihrer Regierungszeit für schlecht bezahlte Berufe ohne große Chancen auf berufliches Weiterkommen. Es ist keineswegs neu, dass Auszeiten vom Beruf die Karriere abbremsen und sich dies natürlich auch auf die Rente auswirkt. Daran hat sich seitdem nichts geändert.

(Jörn Wunderlich [DIE LINKE]: Dann macht doch etwas!)

In der Opposition wollen Sie nun mit der Brechstange per Gesetz die Gleichstellung von Frauen im Erwerbsleben durchsetzen, und zwar mit einem riesigen Paket an Forderungen, vom enormen bürokratischen Aufwand ganz zu schweigen.

(Monika Lazar [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Weil sich freiwillig nichts tut!)

Die Fraktion Die Linke tut so, als habe die christlichliberale Bundesregierung bisher nichts getan, außer an die Selbstverpflichtung der Unternehmen zu appellieren. Die Linken verweisen auf den Fall Schlecker, weil in diesem Unternehmen viele Frauen beschäftigt sind, und behaupten, dass Dumpinglöhne durch radikale Lohnsenkungen sogar noch weiter abgesenkt werden sollen. Das ist unverschämt.

Kolleginnen und Kollegen der Fraktion Die Linke, Sie wissen genau, dass die Bundesregierung diesbezüglich längst tätig geworden ist. Der Referentenentwurf vom 2. September 2010 sieht klare Regelungen vor, dass solche Praktiken verboten werden. Die christlich-liberale Koalition hat schon im ersten Jahr ihrer Regierungszeit einen Antrag zu wichtigen Schritten in der Gleichstellungspolitik vorgelegt. Wir sind davon überzeugt, dass wir die Männer mit ins Boot nehmen müssen. Dazu gehört, dass wir Stereotypen aufbrechen.

Niemand schaut eine Frau schief an, wenn sie Ingenieurin oder Erzieherin wird. Ein Mann als Erzieher in der Kita muss hingegen nach wie vor um Anerkennung kämpfen. Deshalb hat die Bundesregierung zum Beispiel ein Programm zur Förderung von Männern in Kitas aufgelegt.

(Christel Humme [SPD]: Dann bezahlen Sie den Mann doch besser! Dann kommt er auch! Die Frauen natürlich auch!)

Frau Humme, Sie müssten einmal den Bericht genau lesen, der zusammen mit diesem Programm vorgelegt wurde. Dann sehen Sie, dass der Gehaltsunterschied zwischen einem Kfz-Mechaniker und einem Erzieher nur gering ist. Daran liegt es also nicht. Die von Ihnen geforderte gesetzliche Frauenquote von mindestens 40 Prozent in Vorständen und Aufsichtsräten ist mit uns Liberalen nicht zu machen. Wir lehnen es ab, die Unternehmen zu bevormunden und ihnen per Gesetz vorzuschreiben, wie sie ihre Posten zu besetzen haben. Wenn Sie immer wieder auf Norwegen als Vorzeigeland verweisen,

(Monika Lazar [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, das ist es auch! Wir waren doch zusammen da!)

verschweigen Sie, dass dort viele kleine Unternehmen ihre Statuten geändert haben, um den strengen Regelungen zu entgehen. Sie ignorieren auch, dass die Mehrheit der Bevölkerung gesetzliche Quoten ablehnt;

(Caren Marks [SPD]: Das stimmt nicht!)

Befragungen zeigen das immer wieder. In der Debatte zur Einführung einer Frauenquote während des jüngsten CSU-Parteitages waren es vor allem die jungen Frauen – also diejenigen, die es am meisten betrifft –, die sich in feurigen Reden vehement gegen die Quote aussprachen. Die FDP-Fraktion verschließt nicht die Augen davor, dass der Anteil von Frauen in leitenden Positionen der Wirtschaft immer noch verschwindend gering ist.

Je größer das Unternehmen, desto weniger Frauen in der Chefetage. Dass die Gehaltsunterschiede zwischen Männern und Frauen in der obersten Ebene am größten sind, ist ein Skandal. Wir brauchen unbedingt Transparenz bei den Gehältern. Die FDP-Bundestagsfraktion setzt auf Logib-D-Verfahren. Das schafft Transparenz und macht sensibel für ungleiche Behandlung. Aus Imagegründen werden sich Unternehmen überlegen müssen, ob sie es sich leisten können, öffentlich als frauenfeindlich zu gelten. Leistung muss sich lohnen, für Frauen genauso wie für Männer.

Unternehmen sollten darüber hinaus mehr tun. Die Telekom hat es uns vorgemacht. Es ist nicht nur die selbstverordnete Quote, die mich freut; die Telekom hat vielmehr ein ganzes Paket an karrierefördernden Maßnahmen für Frauen ergriffen. So hat das Unternehmen ein Konzept erarbeitet, wie es als Arbeitgeber mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Kontakt bleibt, wenn sie zur Kinderbetreuung aussetzen. Gleichzeitig werden Fortbildungsmaßnahmen während der Elternzeit angeboten.

Davon profitieren Mütter und Väter wie auch das Unternehmen selbst. Das zeigt, was ein Arbeitgeber für Eltern, also auch für Väter, tun kann. Ich wünsche mir, dass andere Unternehmen sich ein Beispiel daran nehmen und sich Gedanken über eigene Maßnahmen machen, um ihr Unternehmen familienfreundlicher zu gestalten.

(Beifall bei der FDP – Christel Humme [SPD]: Wünschen Sie nur weiter!)

Auch flexible Arbeitszeitmodelle gehören dazu. Kindererziehung und die Pflege von alten Menschen ist auch Sache von Männern. Wir brauchen eine gezielte Frauenförderung, und die darf nicht erst im Erwachsenenleben beginnen. Schon in der Schule müssen Mädchen lernen, selbstbewusst für ihre Rechte einzutreten. Mädchen wie Jungen müssen wissen, dass Hausarbeit nicht allein Sache der Frauen ist.

Eine Studie des DIW Berlin zeigt eindrucksvoll, dass die Lohnkluft nicht nur in unterschiedlicher Qualifikation, Berufswahl und Berufserfahrung begründet ist; ein weiterer Faktor bei den Einkommensunterschieden ist nämlich das Ausmaß der Hausarbeit. Vollzeitbeschäftigte Männer mähen am Wochenende schon einmal den Rasen, vollzeitbeschäftigte Frauen übernehmen, ohne zu murren, täglich Wischmopp und Kochlöffel.

Einkommen und Karriere müssen zurückstehen, wenn die Flexibilität für berufliche Termine oder Überstunden aufgrund der häuslichen Tätigkeit fehlt. Für die FDP Fraktion steht außer Frage, dass die Gleichbehandlung von Frauen im Berufsleben überfällig ist. Das möchte ich ausdrücklich betonen. Die christlich-liberale Koalition hat mit ihrem Antrag bereits viele Schritte hierzu unternommen. Ich verweise auf den Ressortbericht der Bundesregierung mit dem Titel „Verringerung des Verdienstabstandes zwischen Männern und Frauen“ vom Juni 2010. Er enthält wichtige Erkenntnisse über die Gründe für die ungerechten Lohn- und Gehaltsunterschiede.

Da heißt es zum Beispiel, dass die Dauer der Unterbrechung des Erwerbslebens eine besondere Rolle spielt. Laut Studien senke eine sechsmonatige Erwerbsunterbrechung den Lohn um 9 Prozent. Bleibe eine Frau nach Ablauf der Elternzeit ein weiteres halbes Jahr zu Hause bei ihrem Kind, erhöhe dies die Lohneinbuße um nochmals 15 Prozent. – Das müssen wir den Frauen sagen. Die Wirtschaft braucht mehr Frauen. Es liegt in ihrem eigenen Interesse, moderne Arbeitsmöglichkeiten wie das Homeoffice anzubieten.

(Monika Lazar [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie brauchen auch die Kitaplätze!)

Kindertagesstätten und flexible Arbeitsbedingungen für Mütter und Väter sind Bausteine auf dem Weg zu einem ausgewogenen Verhältnis der Geschlechter im Beruf. Dazu ist ein neues Rollenverständnis nötig, nicht nur der Männer, sondern auch der Frauen selbst. Ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – **Mechthild Rawert** [SPD]: Was ändern Sie denn jetzt wirklich?)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Cornelia Möhring für die Fraktion Die Linke.

Cornelia Möhring (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Gleichstellung ist ein sehr großes Thema. Das haben wir in den vorherigen Reden gehört. Dazu gehört vieles. Ich werde mich aus diesem Grund auf das Thema Entgeltgleichheit beschränken. Eines möchte ich vorwegschicken: Frau Schröder ist heute nicht da. Ich denke, die Union hat ein ernsthaftes Personalproblem.

Es kann nicht angehen, dass sich jemand Frauenministerin nennen darf, obwohl sie solch einen Blödsinn erzählt.

(**Jörn Wunderlich** [DIE LINKE]: Das betrifft nicht Herrn Kues!)

– Nein, das betrifft nicht Dr. Kues. Er ist da. Sie können Frau Schröder gern berichten, Herr Dr. Kues, welche Ratschläge wir ihr geben. Vielleicht wäre es hilfreich, wenn sie sie befolgt. – Frau Schröder hat letzte Woche zum Beispiel behauptet, dass die Lohnungerechtigkeit unter anderem darin begründet sei, dass sich Frauen nun einmal die schlechter bezahlten Berufe aussuchen. Ich finde, das ist ein Schlag ins Gesicht der Frauen, die sich Tag für Tag abrackern und Kinder erziehen, die aber trotzdem nicht genug zum Leben verdienen und keine auskömmliche Rente erwirtschaften. Es ist eine Ungeheuerlichkeit, so etwas als Familienministerin zu behaupten.

Liebe Frau Kollegin Bracht-Bendt, dem Ruf nach Eigenverantwortung kann man dann am besten nachkommen, wenn man mit einem Geldschein im Mund geboren ist.

(**Nicole Bracht-Bendt** [FDP]: Neiddebatte!)

Denn jene, die wirklich nicht die Voraussetzungen haben und denen dieses Land diese Voraussetzungen nicht bietet, haben es tatsächlich schwer, eigenverantwortlich zu mehr Lohn zu gelangen. Ich vermute, dass Frau Schröder, wie auch andere in diesem Hohen Hause, tatsächlich keine Vorstellung davon hat, wie sich Frauen fühlen und wie das reale Leben aussieht.

Aber vielleicht versuchen wir einmal gemeinsam einen Perspektivwechsel. Stellen Sie sich vor, Sie haben ein Kind bekommen – die Entscheidung war sicherlich nicht einfach –, und dann haben Sie keinen Kitaplatz bekommen – das ist durchaus im Rahmen des Üblichen –; aber nun wollen Sie zurück an einen Arbeitsplatz. Aber Sie bekommen keinen vernünftig bezahlten neuen Arbeitsplatz. Stellen Sie sich einmal vor, Sie sind Anfang 40, gehen zur Arge und Ihnen wird mitgeteilt, dass Sie schon zu alt seien. Stellen Sie sich vor, Sie sind alleinerziehend und müssen Ihre Familie und sich selber mit Minijobs und Teilzeit über Wasser halten. – Ich habe den Eindruck, dass Sie sich das nicht vorstellen können.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD – **Jörn Wunderlich** [DIE LINKE]: Das können die nicht!)

– Nein, das können sie nicht. Aber mangelndes Vorstellungsvermögen ist keine Entschuldigung für schlechte Politik.

(**Jörn Wunderlich** [DIE LINKE]: Das meinen die aber!)

Wie könnten wir auf einfachem Wege die Situation dieser Frauen und zigtausend anderer Arbeitnehmer verbessern? Wir könnten es zum Beispiel tun, indem wir einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn einführen. Lohndumping und Armut trotz Arbeit gehören endlich abgeschafft.

Genauso ungeheuerlich ist es, dass in unserem Land, wie schon erwähnt, die meisten Frauen immer noch durchschnittlich ein Viertel weniger Lohn erhalten als ihre Kollegen, und das sogar, wenn sie exakt das Gleiche tun, mit der gleichen Ausbildung, mit den gleichen Verantwortungsbereichen. Auch die ungleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeiten gehört auf den Müllhaufen der Politik.

Ich will Ihnen ein paar Beispiele nennen; denn wenn man nur Zahlenspiele macht, ist das vielleicht weniger nachvollziehbar. Eine Frau, die in öffentlichen Verwaltungen Räume und Toiletten saubermacht, bekommt mehrere Euro weniger die Stunde als ein Mann, der für die Pflege der Außenanlagen zuständig ist. Ich frage Sie: Warum ist das Putzen öffentlicher Klos eigentlich geringer zu bewerten als das Abkratzen von Kaugummi von Parkbänken?

(Rita Pawelski [CDU/CSU]: Das werden wir im Bundestag nicht feststellen können!) Das ist völlig unsinnig.

Eine Frau, die mit Hochschulabschluss in einer Verwaltung zum Beispiel als Gleichstellungsbeauftragte arbeitet, wird um zwei Tarifgruppen schlechter bezahlt als die Bereichsleiter, die mit der gleichen Qualifikation teilweise sogar weniger Verantwortung übernehmen. Der Leiter einer Kfz-Werkstatt mit fünf Facharbeitern und Facharbeiterinnen erhält deutlich mehr Lohn als die Leiterin einer Küche mit ebenso vielen Facharbeiterinnen und Facharbeitern.

Eine Erzieherin bekommt nach vier bis fünf Jahren Ausbildung – das hängt davon ab, ob sie Abi oder Mittlere Reife hat – ein paar Hundert Euro weniger als der Facharbeiter nach drei Jahren Ausbildung. – Ich könnte jetzt noch ganz viel Beispiele aufführen. Das ist doch nicht nachvollziehbar. Der Grund besteht darin, dass Arbeit in diesem Land dann gering geschätzt und schlecht oder gar nicht bezahlt wird, wenn es sich um das Wohl der Menschen und nicht um die Extraprofite dreht, die Sie für Ihre Lobby realisieren wollen. Das muss sich ändern. Pflegerische und sorgende Arbeit darf nicht länger weniger wert sein und muss dringend aufgewertet werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aus Sicht der Linksfraktion müssen auch deutlich bessere rechtliche Voraussetzungen geschaffen werden, damit die Entgeltgleichheit durchgesetzt werden kann. Dazu liegt Ihnen unser Antrag vor. Bisher müssen Betroffene in Einzelklagen sehr mühselig gegen Ungerechtigkeiten dieser Art vorgehen. Das dauert viele Jahre und verschlingt viel Geld.

Aus diesem Grunde fordern wir eine Erweiterung der betrieblichen Mitbestimmung sowie die Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes und des Personalvertretungsrechts. Zudem muss es durch einen Ausbau des sogenannten Verbandsklagerechts ermöglicht werden, dass auch Vereine, Verbände und Gewerkschaften kollektiv klagen können. Doch das allein reicht immer noch nicht aus. Die zunehmenden Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern zeigen deutlich: Die Arbeitswelt muss sich grundlegend ändern – nicht nur für Frauen, sondern auch für Männer.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun Monika Lazar das Wort.

Monika Lazar (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Noch nie war eine Frauengeneration in Deutschland so gut ausgebildet wie heute. Meine Vorrednerinnen sind schon mehrfach darauf eingegangen. Dennoch sind sie – nicht unsere Kolleginnen, sondern die Frauen, die außerhalb des Bundestages arbeiten – im Arbeitsleben weiter benachteiligt. Die dritte Bilanz der Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und der Wirtschaft zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern macht deutlich, dass es in den vergangenen Jahren keinen nennenswerten gesellschaftspolitischen und gleichstellungspolitischen Fortschritt gegeben hat.

Der Untätigkeit der schwarz-gelben Bundesregierung können wir nicht weiter zusehen. Es sind zwar, insbesondere von Frau Bär, schon Ankündigungen gemacht worden, aber wir warten immer noch auf die konkreten Maßnahmen. Wir fordern eine Vielzahl konkreter Maßnahmen zur Schaffung von echter Chancengerechtigkeit im Arbeitsleben. So sollen – um nur einige Punkte zu nennen – Unternehmen regelmäßig geschlechterspezifische Personalstatistiken erstellen, die Gehaltsstrukturen und Positionen transparent machen sowie einen Gleichstellungsbeauftragten beschäftigen.

Natürlich halten wir an der Forderung nach einer Frauenquote in der Wirtschaft fest. Wir fordern einen Frauenanteil von mindestens 40 Prozent in Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen bis 2017;

denn wir können es uns nicht länger leisten, Bildungsinvestitionen zu vergeuden und auf kreative Potenziale von Frauen zu verzichten.

Wir fordern ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft; denn im Durchschnitt erhalten Frauen in Deutschland 23 Prozent weniger Lohn – und das nicht nur deshalb, weil Frauen lieber brotlose Germanistik und Männer Elektrotechnik studieren, wie die Ministerin gerne argumentiert; auch bei vergleichbarer Tätigkeit bekommen Frauen rund ein Viertel weniger als Männer.

Wir wollen daher ein echtes Verbandsklagerecht im Antidiskriminierungsgesetz, die geschlechtergerechte Überarbeitung der Eingruppierungskriterien der Tarifverträge und die Einführung von Mindestlöhnen. Gerade die Mindestlöhne würden Frauen sehr stark zugutekommen; denn nur 43 Prozent der erwerbstätigen Frauen arbeiten in Vollzeit; der Rest ist im Teilzeit- und Niedriglohnsektor beschäftigt.

Hinzu kommt, dass viele Frauen aufgrund von Kinderbetreuung oder Pflege von Angehörigen unterbrochene Erwerbsbiografien aufweisen. Dies wirkt sich negativ auf die Einkommenshöhe aus. Wir brauchen daher einen Ausbau der Zahl der Kinderbetreuungsplätze, insbesondere für die unter Dreijährigen; denn daran mangelt es in unserem Land noch gravierend.

Auch die Pflege muss einen größeren Stellenwert erhalten. Ich verstehe die Gleichstellung von Frauen und Männern als eine zentrale Gerechtigkeitsfrage. Wir wollen, dass Frauen und Männer auf Augenhöhe miteinander umgehen. Gleiche Chancen und gleiche Rechte gehören dazu. Der Weg hin zu einer geschlechtergerechten Gesellschaft ist noch lang und fordert uns allen etwas ab. Die Abkehr von der traditionellen Geschlechterordnung bringt aber auch neue Chancen und Perspektiven; sie eröffnet Freiräume, Wahlmöglichkeiten und die Chance auf mehr Selbstbestimmung für Frauen und für Männer.

Ministerin Schröder hinkt der Zeit weiterhin hinterher. Erst musste sie sich von der Telekom vorführen lassen, die als erstes – und bisher leider einziges – deutsches DAX-Unternehmen eine Frauenquote eingeführt hat, und dann hat sich selbst die CSU nach langen Diskussionen für eine parteiinterne Frauenquote entschieden; zwar nicht auf allen Ebenen, aber ein Fortschritt ist es immerhin.

Selbst Maria Böhmer, Vorsitzende der Frauen Union, sagte in der gestrigen Ausgabe der *Welt* zum Thema „Frauenquote in der Wirtschaft“ – ich zitiere –: Wir brauchen solche Instrumente. Die Wirtschaft muss wissen, dass die Quote kommt, wenn der Anteil der Frauen in Führungspositionen nicht rasch steigt. Wir wollen erreichen, dass zeitnah mindestens ein Drittel der Aufsichtsratsposten an Frauen geht. Längerfristig streben wir einen Anteil von 40 Prozent an. Das alles ist sehr schön. Aber wo bleiben bitte die konkreten Vorschläge?

Diese Aussage müsste der Ministerin wirklich zu denken geben, aber nein: Ihr Patentrezept besteht weiterhin aus Unverbindlichkeit und warmen Worten. Frau Schröder sagte in ihrem unsäglichen *Spiegel*-Interview in dieser Woche: Wenn die Quote eingeführt wird, hat die Politik versagt. – Ja, die Politik hat versagt; denn jahrelang hat es außer freiwilligen Selbstverpflichtungen nichts gegeben. Das müssen auch die Koalitionsfraktionen endlich zur Kenntnis nehmen; sie dürfen die Augen nicht vor der Realität verschließen.

(Rita Pawelski [CDU/CSU]: Was hat denn Rot-Grün während der Regierungszeit gemacht?)

– Ich habe mich in meinen vorherigen Reden immer selbstkritisch geäußert. Lesen Sie das bitte nach! Wir müssen gemeinsam handeln. Wenn sich die Frauen in allen Fraktionen einig sind, dann müssen wir, was zumindest Ihre Koalition angeht, nur noch die Männer überzeugen. Aber, wie gesagt: Passiert ist nichts. Vielleicht schaffen wir es gemeinsam in dieser Wahlperiode.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Ihr Antrag ist gut. Viele Forderungen decken sich mit unseren Forderungen. Ich würde mich freuen, wenn wir bei der Frage der Quote für die Aufsichtsräte in zwei Wochen, wenn unser Gesetzentwurf ins Plenum eingebracht wird, gemeinsam streiten.

(Caren Marks [SPD]: Das werden wir auch!)

Die Ministerin hat wieder eine Studie angekündigt, um herauszufinden, warum Frauen nicht in Führungspositionen gelangen. Für mich ist das Verschwendung von Steuergeldern.

Wir wissen, woran es liegt. Nicht zuletzt das Haus von Ministerin Schröder hat für Unsummen bereits zahlreiche Studien anfertigen lassen. Gerade im Frühjahr dieses Jahres wurde die von ihrem Haus finanzierte Studie zur gläsernen Decke vorgestellt.

Wir wissen: Es greifen verschiedene Hemmnisse ineinander. Aber klar ist: Ohne gesetzliche Maßnahmen wird es nicht gehen. Frau Ministerin, liebe Koalition, werden Sie endlich aktiv. Deutschland ist reif für eine moderne Frauenpolitik. Vielen Dank.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Elisabeth Winkelmeier-Becker für die CDU/CSU-Fraktion. (Beifall bei der CDU/CSU)

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der Antrag der SPD fängt mit einer richtigen Feststellung an. Alles Wesentliche ist gesagt. Auch hier und heute ist vielfach wieder dargestellt worden, wie die Mechanismen zusammengreifen.

(Monika Lazar [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt müssen Sie nur noch handeln!)

Genau. In etlichen Forderungen stimmen wir überein, aber nicht in allen. Vor allem gehen Sie, denke ich, in den bürokratischen Anforderungen doch weit über das Ziel hinaus.

(Christel Humme [SPD]: Dann wird die Bürokratie bemüht, wenn man keine Argumente hat!)

Die Änderungen beim AGG, Verlängerungen der Einspruchsfrist, die Verbandsklage, längere Aufbewahrungsfristen und dergleichen werden, so glaube ich, nicht den Durchbruch für die Frauen bringen. Das bringt vor allem Mehraufwand und Rechtsunsicherheit.

Wenn Sie öffentliche Aufträge vor allem an Firmen vergeben wollen, die Gleichstellungspläne haben, dann müssen dafür Kriterien entwickelt werden. Wer soll das entscheiden? – Das muss dann wieder zertifiziert und geprüft werden. Ich glaube, auch das läuft sich ziemlich tot. Sie schlagen vor, dass Betreuungsplätze – ihre Zahl ist knapp – vor allem für Kinder von Berufstätigen zur Verfügung gestellt werden sollen. Dazu sage ich, dass wir beim SGB VIII und den dortigen Regelungen bleiben.

(Caren Marks [SPD]: Der Rechtsanspruch gilt für alle!)

Danach soll vorrangig bedacht werden, wer einen Platz wegen der Berufstätigkeit der Eltern oder zur Persönlichkeitsentwicklung braucht. Wenn ein Kind einen Betreuungsplatz vor allem für die eigene Persönlichkeitsentwicklung braucht, dann soll es auch Vorrang haben. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiges Kriterium, das nicht hinter den anderen zurückstehen sollte. Was die Linken den Tarifparteien alles vorschreiben wollen, zeugt von einem ziemlich tiefen Misstrauen. Ich glaube, hier können wir den Tarifvertragsparteien durchaus mehr zutrauen.

(Cornelia Möhring [DIE LINKE]: Wohlwollende Unterstützung ist das!)

Diese haben den Weckruf gehört und werden hier sicherlich etliches verbessern. Das sind Gründe, weswegen wir unter anderem Ihre Anträge nicht mittragen können, auch wenn sie viele Dinge enthalten, über die Konsens besteht. Weil dies sicherlich der aktuell wichtigste politische Punkt ist, möchte ich noch einmal auf den Vorschlag eingehen, eine 40-prozentige Quote einzuführen. Dies haben auch die Grünen in einem Antrag verlangt, der heute nicht zur Debatte steht, der aber auch im parlamentarischen Verfahren ist. In der Tat, die privatwirtschaftliche Vereinbarung aus dem Jahr 2001 ist ohne Wirkung. Daran hat sich, seit wir im März zuletzt darüber gesprochen haben, nichts geändert. Deshalb ist meine Überzeugung durchaus, dass wir eine Quote brauchen und dass wir eine Quote bekommen.

Es war schon die Rede davon: Als Gruppe der Frauen in der Union haben wir uns für einen Stufenplan mit zunächst Berichtspflichten ausgesprochen, durch die eine Vergleichbarkeit hergestellt werden soll. Ich glaube, wir erwischen die Unternehmen wirklich am Nerv, wenn zum Beispiel im *Handelsblatt* oder im *manager magazin* eine übersichtliche Tabelle steht, aus der sich ganz klar ergibt, wer hier vorn liegt und wer nicht.

Wir wollen aber auch, dass das in eine verbindliche Quote mündet. Auch Staatsministerin Böhmer hatte das vorgeschlagen. Davon war schon die Rede. Unser Konzept sieht vor, dass wir im nächsten Wahlturnus auf eine Zielmarke von 30 Prozent kommen wollen. Wenn das nicht freiwillig gelingt,

(Caren Marks [SPD]: Das ist doch vergeudete Zeit! – **Christel Humme [SPD]:** Schreiben Sie das in das Gesetz? Machen Sie das wie die Norweger?)

dann erfolgt die verbindliche Vorgabe für den übernächsten Wahlturnus. Wir müssen die Wahlturnuszeiten mit in Rechnung stellen und deshalb bald beginnen. Auch das ist kein Geheimnis: Wir haben in der Tat das Problem und die Aufgabe, dafür in der eigenen Partei Mehrheiten zu finden.

(Christel Humme [SPD]: Da wünsche ich Ihnen viel Glück!)

Ich glaube, diese Situation kennen Sie sehr gut. Denken Sie an das Jahr 2001 zurück. Da waren die Frauen in der rot-grünen Koalition auch auf einem anderen Weg. Es ist schon Legende, dass damals bei Zigaretten und Wein die freiwillige Vereinbarung mit der Privatwirtschaft gekippt und abgemildert wurde.

(Zuruf von der CDU/CSU: So ist es!)

Von daher wissen wir alle, wovon wir sprechen. Wir machen uns in unserer Fraktion aber optimistisch auf den Weg. Daraus erklärt sich auch die Zahl. Wenn man mit einer moderaten Zahl letztendlich erreicht, dass etwas Wirklichkeit wird, dann sind mir 30 Prozent real lieber als 40 oder 50 Prozent auf dem Papier.

Die Quote wäre eine einfache und unbürokratische Regelung. Sie nützt den Unternehmen; denn den Unternehmen nützt alles, was den Horizont und die Perspektive der homogenen Gruppen, die jetzt in den Vorständen und Aufsichtsräten sitzen, erweitert.

Jetzt gibt es zwei Gruppen, die sich offenbar nicht so gut mit dem Gedanken an die Quote anfreunden können: zum einen die Männer, die dann vielleicht etwas Platz machen müssen und deshalb am liebsten gar nichts ändern wollen,

(Monika Lazar [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und die FDP!)

zum anderen Frauen, häufig junge Frauen, die meinen, dass die nötigen Veränderungen auch ohne Quote zu erreichen wären. Beide kommen uns mit dem Argument: Qualität und Kompetenz setzen sich auch so durch.

(Monika Lazar [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber die Frauen sind qualifiziert!)

Das würde stimmen, wenn Qualität und Kompetenz als alleinige Kriterien gelten würden. Wir wissen aber, dass auch andere Kriterien gelten: Seilschaften, Loyalitätsbeweise, Tauschgeschäfte und dergleichen.

(Caren Marks [SPD]: Wenn sich Qualität durchgesetzt hätte, wäre Frau Schröder nicht Ministerin!)

Nun sagen junge Frauen auch: Wir brauchen vor allem Kinderbetreuungsmöglichkeiten und eine andere Präsenzkultur. Das stimmt, das stimmt aber auch unabhängig von der Quote, neben der Quote und auch ohne die Quote. Aber das reicht nicht. Es geht doch nicht darum, die heute 30-Jährigen neben die 50-jährigen Männer in den Aufsichtsräten zu setzen. Es geht um die Frauen, die heute in der Lage wären, die Aufgaben zu übernehmen. Für diese ist Kinderbetreuung in der Regel überhaupt kein Thema mehr.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Frau Kollegin, Sie müssen bitte zum Ende kommen.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU):

Deshalb brauchen wir die Quote. Wir wollen, dass das zeitnah geht. Deshalb bleiben wir am Thema Quote dran. Das ist versprochen. Danke schön.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Caren Marks für die SPD-Fraktion.

Caren Marks (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Winkelmeier-Becker, ja, es war ein großer Fehler von Rot-Grün, die freiwillige Vereinbarung einzugehen. Aber die SPD und auch die Grünen sind mittlerweile weiter. Wir haben die Konsequenzen aus diesem Fehler gezogen und sagen ganz klar: Ohne gesetzliche Regelung geht es bei der Quote und der Entgeltgleichheit nicht. Wir wünschen Ihnen alles Gute auf dem Weg zu dieser Erkenntnis und bei Ihrem Bemühen, zu entsprechenden Mehrheiten zu kommen.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, auch ich komme nicht umhin, mich auf das bereits erwähnte *Spiegel*-Interview der Ministerin zu beziehen. Vielleicht ist es auch kein Zufall, dass sie es vorzieht, heute nicht dabei zu sein. In diesem Interview konnten wir erfahren, warum es eine Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen gibt; denn: Frauen studieren gern Germanistik ..., Männer dagegen Elektrotechnik – und das hat eben auch Konsequenzen beim Gehalt.

Selbst schuld, liebe Frau! So einfach, so schlicht ist die Welt der Frauenministerin in unserem Land. Nach einer aktuellen Studie beträgt die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen bei wirklich vergleichbaren Voraussetzungen immerhin noch knapp 13 Prozent. Das ist die tatsächliche Lohndiskriminierung von Frauen in unserem Land.

Daran wird ganz deutlich, dass wir endlich rechtliche Regelungen brauchen, um dieser Lohndiskriminierung effektiv entgegenzuwirken. Wir bräuchten auch eine tatkräftige Ministerin, die sich nicht länger vor ihren Aufgaben drückt.

In der Studie wird außerdem dargelegt: Je länger die Unterbrechungen des Erwerbslebens sind, desto größer wird der Lohnabstand. Es sind nach wie vor überwiegend die Frauen, die längere Erwerbspausen haben, allerdings immer seltener wirklich gewollt. Auch deswegen war die Einführung des Elterngeldes ein sinnvolles Instrument, um zu erreichen, dass Frauen nach der Geburt ihres Kindes nicht zu lange aus dem Erwerbsleben ausgeschlossen werden und gleichzeitig auch die Väter im ersten Jahr nach der Geburt an der Betreuung beteiligt werden.

Die Beteiligung der Väter sollte allerdings noch deutlich besser werden. Deswegen setzen wir uns in der SPD für mehr Partnerschaftlichkeit beim Elterngeld ein. Ziel ist eine gerechte Aufteilung der Elternzeit. Was aber will die Ministerin? Der Presse konnten wir aktuell entnehmen, dass sie bei einer Weiterentwicklung des Elterngeldes auf das Prinzip Hoffnung setzt. Sie hoffe, dass eine Ausweitung der Partnermonate beim Elterngeld und die Einführung eines Teilelterngeldes noch vor den nächsten Bundestagswahlen – hört, hört, der Zeitpunkt – verwirklicht werden.

Indem man allein auf das Prinzip Hoffnung setzt, haben sich gesellschaftliche Rahmenbedingungen – vielleicht richten Sie das Ihrer Ministerin aus, Herr Staatssekretär – noch nie geändert. Hier sind Taten von der Ministerin gefordert!

Denn die Frauen in Deutschland haben diesen Stillstand nicht verdient, und sie haben ihn vor allem wirklich satt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Taten sind auch beim Ausbau der Kinderbetreuung gefordert. Hierzu hat das Statistische Bundesamt ganz aktuelle Betreuungszahlen veröffentlicht. Die Zahl der betreuten Kinder unter drei Jahren nimmt zwar weiter zu, doch nach wie vor ist die Betreuungsquote in den meisten westdeutschen Bundesländern wirklich alles andere als zufriedenstellend. Es bedarf endlich konkreter Verabredungen mit Ländern und Kommunen, wie das Angebot schneller bedarfsgerecht ausgebaut und der Rechtsanspruch 2013 verlässlich umgesetzt werden kann.

Auf das Engagement der Bundesfamilienministerin warten Eltern und ihre Kinder bislang vergeblich. Dabei müsste sie schleunigst einen Krippengipfel einberufen und eine aktuelle und ehrliche Bedarfsanalyse vorlegen, statt sich permanent hinter veralteten Zahlen zu verstecken.

(Christel Humme [SPD]: Das wird höchste Zeit!)

Die SPD fordert: Die Ganztagsbetreuungsangebote in Kitas und Schulen müssen ausgebaut werden. Nur so lässt sich Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Männer und Frauen leben; nur so ist Gleichstellung zu verwirklichen. Wenig konkret hingegen ist die Initiative „Familienbewusste Arbeitszeiten“, die die Ministerin zusammen mit der DIHK gestartet hat. Ziel ist es, Betrieben

Anregungen für flexiblere und damit familienfreundlichere Arbeitszeitmodelle zu geben. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, es fehlt nicht an Anregungen, es fehlt an konkreten Angeboten für die Beschäftigten. Das ist das Problem.

Über die Quote haben wir schon einiges gehört. Ich merke dazu an: Auch die Quote gehört nicht gerade zu den Lieblingsthemen der Ministerin, und man fragt sich, welche es eigentlich sind. Die Quote, so hört man von ihr, sei nur Ultima Ratio. Jetzt folgte auch noch die Aussage, eine Quote sei auch immer eine Kapitulation der Politik. Dann hat ja – schade, dass Frau Bär schon weg ist – die CSU mit ihrer Frauenquote schon einmal kapituliert. Kapitulierte hat wohl auch die Justizministerkonferenz der Länder? Sie hat letzte Woche einen Quotenbeschluss für Aufsichtsräte gefasst. Die SPD begrüßt diesen Schritt ausdrücklich. Ich kann nur sagen: Hier wurde nicht kapituliert, sondern endlich verstanden, was guten Frauen wirklich hilft.

Das Bedauern der Ministerin über die fehlenden Frauen in Führungspositionen ist alles andere als überzeugend, und ihre Aktivitäten erschöpfen sich auch hier, wie so oft, in einer Initiative mit der Wirtschaft, diesmal für mehr Frauen in Führungspositionen. Wir brauchen aber keine folgenlosen Initiativen, wir und die Frauen in diesem Land brauchen gesetzliche Regelungen.

Die SPD will eine gesetzliche Frauenquote für Aufsichtsräte und Vorstände. Damit kommen Frauen in die entsprechenden Positionen, nicht aber mit folgenlosen Initiativen. Es wundert nicht wirklich, dass wir mit einer solchen Ministerin bei einem Ranking des Weltwirtschaftsforums zur Gleichstellung von Platz 5 auf Platz 13 zurückgefallen sind.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, es ist nicht nachvollziehbar, dass eine so junge Frauenministerin mit Gleichstellungspolitik nichts am Hut hat,

(Zuruf von der CDU/CSU: Falsch!)

und das, obwohl sie ihre Karriere auch der Frauenbewegung der 70er-Jahre verdankt. Schlimmer noch: Frau Schröder macht in der Gleichstellungspolitik eine Rolle rückwärts nach der anderen. Die Frauen in unserem Land wissen, dass die Ministerin nicht an ihrer Seite steht. Die Quittung – da bin ich mir sicher – wird folgen. Herzlichen Dank.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Als letzter Rednerin zu diesem Debattenpunkt erteile ich Kollegin Nadine Schön für die CDU/CSU-Fraktion das Wort.

Nadine Schön (St. Wendel) (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Nach den aufgeheizten Diskussionen der letzten Tage dachte ich, dass wir wenigstens hier im Parlament etwas sachlicher diskutieren, ohne Verleumdungen und ohne Falschbehauptungen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Widerspruch bei der SPD)

Aber was machen Sie? Sie machen genau so weiter, in der Hoffnung, parteipolitischen Profit daraus zu schlagen. Ich bin der Meinung, der Zirkus, den Sie hier vor allem in den letzten Tagen veranstaltet haben, lähmt die gleichstellungspolitische Debatte mehr, als dass er sie voranbringt.

(Widerspruch bei der SPD und der LINKEN)

Worum geht es eigentlich? Es geht zum einen um die Frage, wer was erreicht hat. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ja, der Feminismus hat vieles erreicht. Viele von uns würden heute hier nicht stehen, hätte es den Feminismus nicht gegeben.

(Christel Humme [SPD]: So ist es!)

Das hat übrigens die Ministerin in ihrem Interview wortwörtlich so gesagt. Niemand stellt die Erfolge des Feminismus infrage. Was ich allerdings infrage stelle, sind die Erfolge der Gleichstellungspolitik der letzten Jahre. Da ist nicht wahnsinnig viel passiert. Trotzdem werfen Sie uns vor, dass wir bei vielen Themen auf der Stelle treten. Dabei waren sowohl die SPD als auch die Grünen, also all diejenigen, die in den letzten Jahren an der Regierung waren, an dieser Entwicklung genauso beteiligt.

(Christel Humme [SPD]: Das ist eine falsche Behauptung! Sie haben bei meiner Rede nicht zugehört!)

Deshalb halte ich das Geschrei der letzten Tage für ein wirklich durchsichtiges Manöver, um von Ihrem eigenen Scheitern abzulenken.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Zurufe von der SPD: Oh!)

Zum Zweiten geht es um verschiedene inhaltliche Themen. Auch hier war ich etwas überrascht über die Schwerpunktsetzung der letzten Tage. In meinen Augen gibt es Themen, bei denen wir wirklich weitergekommen sind. Allerdings gibt es auch andere Themen, bei denen noch viel zu tun ist. Aber diese Gewichtung hat sich in der Diskussion der letzten Tage ganz und gar nicht widerspiegelt. Ich frage mich: Ist es wirklich notwendig, einen Namenswechsel so hoch zu hängen? Vor 20 bis 30 Jahren war der Namenswechsel eine absolut politische Aussage.

(Caren Marks [SPD]: Dazu hat keiner von uns was gesagt! – **Christel Humme [SPD]:** Wer hat das denn gemacht?)

Das ist aber heute nicht mehr so. Man ist weder eine Emanze, wenn man als Frau einen Doppelnamen wählt oder seinen Namen behält, noch ist man superkonservativ, wenn man den Namen des Mannes annimmt.

(Christel Humme [SPD]: Da setzen Sie sich am besten mit Alice Schwarzer auseinander!

Die ist aber nicht im Parlament oder in der Regierung!) Die Namenswahl geschieht heute in den meisten Fällen völlig undogmatisch. Sie wird beeinflusst vom persönlichen Geschmack und der individuellen Situation. Für viele ist es heute unvorstellbar, wie es früher einmal war. Aber es ist doch gerade der Erfolg der Frauenbewegung, dass wir die Namenswahl heute so undogmatisch sehen können. Lassen Sie uns das auch heute leben, und verlangen Sie nicht von uns, dass wir alles genauso machen, wie Sie es damals vor 20, 30 Jahren aus berechtigten Gründen gemacht haben.

Das Gleiche gilt für die Jungenpolitik. Ich sehe in der Feststellung, dass die Jungen gegenüber den Mädchen in den letzten Jahren zu kurz gekommen sind,

(Zurufe von der LINKEN: Oh!)

keinen Angriff gegen die Mädchen- und Frauenpolitik.

(Michaela Noll [CDU/CSU]: Das stimmt!)

Trotzdem beobachtet man Reaktionen wie gerade von den Linken oder hört Sätze wie: Jetzt müssen wir uns auch noch um die armen Jungen kümmern. – Ich sage: Ja, das müssen wir; denn Gleichstellungspolitik bedeutet, dass wir jedes Geschlecht bestmöglich fördern müssen.

Man kann durchaus für eine Quote sein und gleichzeitig die Jungen fördern. Pragmatismus statt Ideologie: Mit diesem Grundsatz kommen wir in diesen Tagen weiter als mit dem Kampf der Geschlechter. Aber das darf nicht mit Laisser-faire verwechselt werden. Es gibt noch viel zu tun. In vielen Punkten sind wir absolut nicht zufrieden mit dem, was erreicht worden ist. Wir müssen aufpassen, dass wir nicht zurückfallen.

Auch das sage ich ganz deutlich. Einen Rückfall können wir nur verhindern, indem wir uns gemeinsam auf die wichtigen Themen konzentrieren und nicht aufeinander losgehen. Die CDU/CSU-Fraktion steht für entschiedenes und pragmatisches Handeln sowie für einen breiten, ursachenorientierten Ansatz. Die Kolleginnen haben es bereits im Zusammenhang mit dem Thema Entgeltungleichheit dargestellt. Dafür gibt es eine Reihe von Gründen. Dazu gehört das Berufswahlverfahren; das wurde schon gesagt. Ich nenne ferner die vielen Erwerbsunterbrechungen und die schlechtere Bezahlung in typischen Frauenberufen. Da müssen sich auch die Tarifpartner fragen lassen, ob ihnen an dieser Stelle nicht eine Verantwortung zukommt.

Es gibt in der Tat auch Diskriminierungen, was die Karrierechancen und das Gehalt angeht. Es gibt also ein Bündel von Ursachen. Dieses Problem müssen wir gemeinsam angehen: Frauen und

Männer, Unternehmen, Tarifparteien, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. So kommen wir wirklich weiter.

Das Gleiche gilt für das Thema Frauen in Führungspositionen. Hier müssen wir feststellen: Wir sind unter Rot-Grün nicht weitergekommen; wir sind in der Großen Koalition nicht weitergekommen. Nur gerade einmal 2,5 Prozent der Vorstandsposten der 200 größten deutschen Unternehmen sind mit Frauen besetzt. Das haben Sie genauso wie wir zu verantworten. Hier treten wir auf der Stelle. Dafür gibt es eine breite Palette von Gründen: In gut bezahlten technischen Berufen arbeiten weniger Frauen. Es liegt zum Teil auch daran, dass Frauen manchmal vorsichtiger sind. Aber die Hauptursache sind meiner Meinung nach die Kultur und der Status quo in den Führungsetagen der Unternehmen. Die Old-Boys-Netzwerke funktionieren leider – vielleicht auch unbewusst.

Es herrscht eine männliche Kultur vor. Frauen stoßen da irgendwann an eine gläserne Decke. Hier bedarf es einer qualifizierten Anzahl von Frauen – man spricht von etwa 30 Prozent – in den entsprechenden Ebenen, um diese Kultur strukturell zu ändern. Wie kommen wir dahin? Die Kolleginnen haben es bereits erwähnt: Wir legen einen Stufenplan vor. So konkret waren Sie noch nie.

(Christel Humme [SPD]: Als Gesetz oder als freiwillige Lösung?)

Auf der ersten Stufe stehen Selbstverpflichtung und Berichtspflichten.

(Christel Humme [SPD]: Das haben wir doch schon seit neun Jahren!)

Wir sagen aber eben auch deutlich: Wir warten nicht ewig. Ein Stufenplan ist ein Stufenplan.

(Caren Marks [SPD]: Aber nichts Verbindliches!)

Das heißt, wenn nicht ganz schnell Dynamik in die Sache hineinkommt, dann muss die zweite Stufe wesentlich mehr Vorgaben und Druck beinhalten. Da kann Norwegen für uns durchaus ein gutes Vorbild sein.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Frau Kollegin, Sie müssen bitte zum Ende kommen.

Nadine Schön (St. Wendel) (CDU/CSU):

Herr Präsident, ich komme zum Ende. – Es gibt noch viel zu tun. Mit Diffamierungen kommen wir nicht weiter. Wir müssen das gemeinsam angehen. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Beschlussempfehlung des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend auf Drucksache 17/1486 zu dem Antrag der Fraktion der SPD mit dem Titel „Mit gesetzlichen Regelungen die Gleichstellung von Frauen im Erwerbsleben umgehend durchsetzen“, zu dem Antrag der Fraktion Die Linke mit dem Titel „Entgeltgleichheit zwischen den Geschlechtern wirksam durchsetzen“ sowie zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung mit dem Titel „Dritte Bilanz der Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft“.

Der Ausschuss empfiehlt unter Buchstabe a seiner Beschlussempfehlung, in Kenntnis der genannten Unterrichtung auf Drucksache 16/10500 den Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/821 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der SPD bei Stimmenthaltung der Linken und der Grünen angenommen.

Unter Buchstabe b seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Ausschuss die Ablehnung des Antrags der Fraktion Die Linke auf Drucksache 17/891. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der beiden Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Linken bei Stimmenthaltung von SPD und Grünen angenommen.